

BDPK News

Nachrichten, Positionen, Berichte

V.i.S.d.P.: BDPK – Bundesverband Deutscher Privatkliniken e.V.,
Thomas Bublitz, Hauptgeschäftsführer
Friedrichstraße 60 · 10117 Berlin · Telefon (0 30) 2 40 08 99-0
E-Mail: post@bdpk.de · www.bdpk.de



Thomas Bublitz,
Hauptgeschäftsführer
des BDPK

Unbeliebt, aber notwendig

Von Thomas Bublitz

Wir müssen über Geld reden, es ist leider so! Dass die Kliniken dies beharrlich und energisch tun, mag in der Öffentlichkeit kritisch gesehen werden und Politiker ernsten gerne Beifall für die Aussage, es dürfe bei der Gesundheitsversorgung nicht nur um die Ökonomie gehen. Fakt ist aber: Wenn die Finanzen nicht stimmen, wird unser Versorgungssystem zusammenbrechen oder zumindest nicht mehr richtig funktionieren und deshalb ist und bleibt die Finanzierung der Krankenhäuser und Reha- sowie Vorsorgeeinrichtungen ein zentrales gesundheitspolitisches Thema.

So auch in den Diskussionen beim BDPK-Bundeskongress Anfang Juni in Berlin. Auf dem Programm standen eigentlich inhaltliche Fragen zu den Reformvorhaben der Ampelkoalition und die Einbeziehung der Leistungserbringer bei den Verbindlichen Entscheidungen der Deutschen Rentenversicherung. Im Kern ging es aber immer wieder ums Geld. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach erklärte mit Hinweis auf die Schuldenbremse, dass die Kliniken zumindest kurzfristig keine Unterstützung für die stark gestiegenen Kosten erwarten dürften. Die Opposition, vertreten durch den Arzt und CSU-Bundestagsabgeordneten Stephan Pilzinger, will dagegen notfalls sogar ein eigenes Sofortprogramm zur finanziellen Sicherung in den Bundestag einbringen. Auch in der rehapolitischen Diskussion mit DRV-Direktorin Brigitte Gross und ihrem westfälischen Kollegen Thomas Keck wurde deutlich, dass es zwar viel Übereinstimmung und Verständnis für die Anliegen der Kliniken gibt, aber finanz- und ordnungspolitische Vorgaben den Handlungsrahmen eng begrenzen.

Auch wenn Politik und Verwaltung ungern über Ökonomie reden wollen – wir müssen es doch! Denn obwohl die deutschen Krankenhäuser und Reha- sowie Vorsorgeeinrichtungen so hoch verschuldet sind wie noch nie, soll es dennoch für sie keine Hilfen (mehr) geben und in der Reha werden jetzt sogar überlebenssichernde SodEG-Leistungen zurückgefordert. Die Lehren aus anderen Bereichen wie Verkehr, Digitalisierung oder Verteidigung zeigen, dass eine vernachlässigte Finanzierung substanzielle Schäden verursacht. Eine weitere Lehre ist, dass dem Personalmangel weder mit romantischen Vorstellungen über Berufsethos und Floskeln über attraktive Arbeitsbedingungen begegnet wird noch mit administrativen Maßnahmen wie Personaluntergrenzen und anderen Strukturvorgaben. Die Kliniken müssen in Personal und Infrastruktur investieren können und brauchen dafür eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung. Lassen Sie uns darüber offen reden, anders geht es nicht!

Appell an die Politik

Das Schlimmste abwenden

Notruf aus den Reha- und Vorsorgeeinrichtungen: Ihre sich ausweitende Existenzkrise muss durch sofortiges politisches Handeln beendet werden! Per Rechtsverordnung wäre dies schnell möglich, zusätzlich wird ein gesetzlich geregelter Inflationsausgleich gefordert.

Die in der AGMedReha zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Reha-Leistungserbringer haben Mitte Juni in einem gemeinsamen Schreiben von den verantwortlichen Gesundheitspolitiker:innen in Bund und Ländern sofortiges und entschlossenes Handeln gefordert. Denn infolge der Coronapandemie und durch massive Kostensteigerungen droht vielen deutschen Reha- und Vorsorgeeinrichtungen das wirtschaftliche Aus. Die wenigen noch bestehenden Hilfen sollten am 30. Juni 2022 enden, obwohl sich die Lage in den vergangenen Wochen sowie Monaten dramatisch verschlechtert hat und erste Kliniken bereits Insolvenz anmelden mussten. Tausende Beschäftigte könnten bald ihren Arbeitsplatz verlieren, und wenn Reha- sowie Vorsorgeleistungen wegbrechen, ist die Gesundheit von behandlungsbedürftigen Menschen gefährdet.

Raus aus der Existenzkrise

Die AGMedReha fordert, dies auch angesichts der ungewissen Pandemieentwicklung unbedingt zu verhindern. Die Existenzkrise der Reha- und Vorsorgeeinrichtungen könnte mit einfachen Mitteln beendet werden, wenn per Rechtsverordnung bestehende Hilfen verlängert werden und ein Inflationsausgleich für Reha sowie Vorsorge gesetzlich festgelegt wird. Für beides sind keine zusätzlichen Haushaltsmittel des Bundes oder der Länder erforderlich und es entstehen keine zusätzlichen Belastungen bei den Kostenträgern, den gesetzlichen Krankenkassen sowie der Renten- und Unfallversicherung. Als sachgerechte, schnelle und unbürokratische Lösung schlagen die Reha-Leistungserbringer vor:

■ **Sofortige Rechtsverordnung:** Bundesregierung und Bundesministerium für Gesundheit (BMG) sollten von ihren bestehenden Verordnungsmöglichkeiten sofort Gebrauch machen. Die Bundesregierung wurde mit dem am 18. März 2022 verabschiedeten Gesetz zur Verlängerung des SodEG und weiterer Regelungen ermächtigt, unter anderem die Zuschussleistungen nach dem SodEG bis zum 30. Juni 2022 zu verlängern. Eine weitere Verlängerung bis zum 23. September 2022 wäre durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrats möglich. Zudem ist das BMG ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Regelungen zum Mindererlösausgleich und Hygienezuschlag gemäß §§ 111, 111 c SGB V längstens bis zum Ablauf des 23. September 2022 durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrats zu verlängern.

■ **Gesetzliche Regelung:** Zusätzlich zur Rechtsverordnung sollte der Gesetzgeber eine Verlängerung der bestehenden Hilfen für Reha- und Vorsorgeeinrichtungen mindestens bis zum 31. Dezember 2022 beschließen. Mit dem entsprechenden Gesetz sollte gleichzeitig geregelt werden, dass die Einrichtungen einen Inflationszuschlag auf die bestehenden Vergütungssätze erhalten. Eine solche Regelung ist erforderlich, da Reha- und Vorsorgeeinrichtungen anders als in anderen Branchen ihre Vergütungssätze nicht anpassen können, da diese für ein Jahr gelten und es außerhalb der festgelegten Termine keine Budgetverhandlungen mit den Kostenträgern gibt.

Keine Mehrbelastung

Zusätzliche Haushaltsbelastungen werden durch diese beiden Maßnahmen nicht entstehen. Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) hat in den Jahren 2020 und 2021 für Reha und Vorsorge rund eine Milliarde weniger ausgegeben als im Jahr 2019, die Deutsche Rentenversicherung (DRV) schätzungsweise 500 Millionen Euro weniger. Es ist also keine Mehrbelastung, wenn jetzt wenigstens ein Teil dieser Einsparungen zur Existenzsicherung der Kliniken verwendet wird.

Reaktionen auf das Schreiben, das die AGMedReha mit einer Pressemitteilung auch in der Öffentlichkeit bekannt gemacht hat, lagen bis zum Redaktionsschluss dieser f&w-Ausgabe noch nicht vor. Aktuelle Informationen hierzu finden Interessierte auf der Homepage des BDPK (www.bdpk.de).



IQMG-Seminare starten wieder

Am 29. Juli 2022 beginnt das erste von drei Seminaren, die das Institut für Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen (IQMG GmbH) in diesem Jahr anbietet. Thema des ersten Seminars, für das es im Dezember einen zweiten Termin gibt, ist die „Qualitätsorientierte Belegungssteuerung – Optimierung des Qualitätsindex“. Im September folgt ein Anwendertreffen und im November findet ein Basis- und Refresherkurs für externe IQMG-Reha-Auditor:innen statt. In allen Veranstaltungen vermitteln erfahrene Expert:innen aus der Praxis in kleinen Gruppen das Fachwissen, die Kompetenzen und die Fertigkeiten, die für die wachsenden beruflichen Herausforderungen im Qualitätsmanagement notwendig sind. Im Austausch mit den Teilnehmenden aus anderen Unternehmen ergibt sich die Chance, aus unterschiedlichen Erfahrungen zu lernen und sich miteinander zu vernetzen. Anmeldung und ausführliche Informationen über die Termine, Inhalte und Veranstaltungsorte auf der Homepage des IQMG (www.iqmg-berlin.de).

BDPK-Bundeskongress 2022

Gesundheitspolitik braucht mehr Pragmatismus

Praktiker und politisch Verantwortliche an einen Tisch. Was beim BDPK-Bundeskongress 2022 in Berlin real stattfand, war zugleich auch eine zentrale Forderung in den lebhaften Diskussionen mit den Vertreter:innen der Bundestagsparteien und der Deutschen Rentenversicherung.

Die 150 Teilnehmer:innen der Präsenzveranstaltung genossen die Möglichkeit, sich endlich wieder persönlich zu begegnen, viele verfolgten die Diskussionen als Liveübertragung am Bildschirm. Nach der Begrüßung durch BDPK-Präsidentin Dr. Katharina Nebel gab Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach sein Statement per Videozuschaltung ab und stellte sich den Fragen von BDPK-Hauptgeschäftsführer Thomas Bublitz. Er wisse um die „nennenswerten Zusatzbelastungen“ der Kliniken, versicherte Lauterbach. Dies würde zu politischen Konsequenzen führen, er sei mit dem Bundesfinanzminister in „täglicher Abstimmung über mögliche Lösungen“. Lauterbach dankte explizit den Krankenhäusern und Reha- sowie Vorsorgeeinrichtungen in privater Trägerschaft für ihren und den Einsatz ihrer Beschäftigten während der Pandemie. Sie hätten nicht nur bei der Behandlung der Patienten, sondern auch mit ihren Impfangeboten sowie der Nachsorge und Trauerbegleitung vorbildlich gearbeitet.

Im Anschluss an die Ministeransprache richtete UEHP-Präsident Dr. Paul Garassus ein Grußwort an die Teilnehmer:innen. Danach folgte die erste Diskussionsrunde zur Krankenhauspolitik, die von Thomas Bublitz moderiert wurde. Die Vertreter:innen der Regierungsparteien, Nicole Wes-



BDPK-Präsidentin Dr. Katharina Nebel und UEHP-Präsident Paul Garassus begrüßten die Gäste in Berlin.

tig (MdB, FDP) und Johannes Wagner (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) zeigten, ebenso wie vorher der Bundesgesundheitsminister, viel Verständnis für die Anliegen der Kliniken und machten ihren Gestaltungswillen deutlich. Kalter Strukturwandel sei der falsche Weg und die PPR 2.0 nicht der „Stein der Weisen“. Die Krankenhausversorgung brauche eine Grundreform und die Inflationswirkungen müssten ernst genommen werden. Allerdings ginge Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Stephan Pilsinger (MdB, CDU/CSU) kündigte eine „Service-Opposition“ an, die eigene



An beiden Diskussionsrunden beteiligten sich die Kongressteilnehmer:innen aktiv mit Wortbeiträgen. Das Podium der Krankenhausrunde (rechtes Bild v. l. n. r.): Stephan Pilsinger (MdB, CDU/CSU), Kai Hankeln (Asklepios Kliniken), Nicole Westig (MdB, FDP), Thomas Lemke (Sana Kliniken), Johannes Wagner (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) und BDPK-Hauptgeschäftsführer Thomas Bublitz





Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach sprach zum Kongressauftakt per Videoschle und stellte sich den Fragen.



In der Diskussion über Verbindliche Entscheidungen (v. I.): Brigitte Gross (Direktorin der DRV-Bund), Ellio Schneider (BDPK-Vorstandsmitglied) und Thomas Keck (Direktor der DRV Westfalen).

Vorschläge für ein Sofortprogramm machen werde, wenn von der Ampelkoalition nichts komme. Kai Hankeln, CEO der Asklepios Kliniken und BDPK-Vorstandsmitglied, warnte, dass den Kliniken ein hartes Jahr bevorstehe, wenn

es keine Luft für Tarifverhandlungen gebe. Er verlangte eine langfristig orientierte Gesundheitspolitik und mahnte, dass Regulatorik keine Stellen schaffe. In diesem Sinne forderte auch Thomas Lemke, Vorstandsvorsitzender der Sana Kliniken und BDPK-Vizepräsident, die Politik auf, mehr auf die Praxis zu hören. Floskeln lösten keine Probleme und für viele der diskutierten Probleme lägen konkrete und umsetzbare Vorschläge vor.

In der zweiten Diskussionsrunde zu den Verbindlichen Entscheidungen der Deutschen Rentenversicherung (DRV) und deren Auswirkungen für die Reha- sowie Vorsorgeeinrichtungen wurden Gemeinsamkeiten ebenso deutlich wie unterschiedliche Auffassungen. Brigitte Gross, Direktorin der DRV-Bund, und Thomas Keck, Erster Direktor der DRV Westfalen und Vorsitzender DRV-AG Teilhabe, wiesen auf den vorgegebenen Handlungsrahmen hin. BDPK-Präsidentin Dr. Katharina Nebel und BDPK-Vorstandsmitglied Ellio Schneider monierten in der von Thomas Bublitz moderierten Runde fehlende Transparenz und mangelnde Beteiligung der Leistungserbringer.

Nach dem Kongressteil wurden die Gespräche in gelöster Atmosphäre bei der Abendveranstaltung fortgesetzt.



Am Morgen nach dem Kongress fand die BDPK-Mitgliederversammlung statt.